

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1. Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1.50 Mk., vierteljährlich 4.50 Mk. — Zeit- und Veranlagungssteuer: 5 Pf. pro Seite 25 Pf. — (Bezahlungsart) werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumenthaler Straße 33-42, Telefon-Nr. 33 u. 39, Telegr.-Adr.: Arbeiter-Verband Bochum.

Notrufe der Bergarbeiterverbände!

Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wandten sich am 4. März, nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige verzweifelte Lage, mit folgendem telegraphischen Notruf an die Waffenstillstandskommission in Spa:

„Im Anfrage der organisierten Bergarbeiter ersuchen wir, Blockade aufzuheben. Hunger treibt Bergarbeiter zur Verzweiflung. Wenn nicht bald ausreichende Lebensmittel, Folgen unabsehbar und schrecklich. Wenden uns deshalb an Präsidenten Wilson und Minister Owen, Versprechungen nachzukommen, Menschlichkeitgefühl walten lassen, Notruf zu erhören, Einfuhr von Lebensmitteln, besonders Getreide, zu gestatten. Sonst großes Sterben wegen Unterernährung und Witschuld am Tod armer Arbeiter und Kinder. Witten halbwegs Grenzen öffnen. Dank aller Arbeiter gewiß.“

Die vier Bergarbeiterverbände Deutschlands.

Gleichzeitig wandten sich die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände telegraphisch mit folgendem Notruf an den Reichs-ernährungsminister Robert Schmidt in Berlin:

„Unterzeichneter Organisationen ersuchen Regierung, strengere Maßnahmen zu treffen zur Erfassung aller Lebensmittel. Dies ist zu bewirken durch Beschlagnahme des Vorhandenen, Unterbindung des Schleichhandels. Mehr Druck um Aufhebung der Blockade und Öffnung der Grenzen, da sonst Hunger unabsehbare Folgen in Berggebieten verursacht.“

Die vier Bergarbeiterverbände Deutschlands.

Beinahe 56 Monate dauert nun schon die feindliche Hungerblockade. Seit dem Abschluss des Waffenstillstandes sind mehr als vier Monate verstrichen. Trotz aller Bemühungen ist es aber nicht gelungen, unsere Feinde zur Aufhebung der Hungerblockade zu veranlassen, obwohl wir wehrlos sind und verbungern. Ist das noch menschlich?

Die beispiellose Notlage wird in kurzer Zeit zum völligen Zusammenbruch führen, wenn die Hungerblockade nicht bald aufgehoben und mit der Lieferung von Lebensmitteln begonnen wird. Bei Aufrechterhaltung der jetzigen Situation braucht Deutschland für das nächste Halbjahr monatlich 300. bis 400.000 Tonnen Getreide, 100.000 T. Fleisch, von Fett und sonstigen Nahrungsmitteln gar nicht zu reden, außerdem bis zur neuen Ernte 1.000.000 T. Futtermittel. Aber die jetzigen Nationen sind viel zu knapp bemessen. Wenn die Ernährung nur einigermaßen genügen soll, müssen die Nationen weitestgehend erhöht und folglich auch entsprechend größere Mengen eingeführt werden.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit bei der Beschaffung von Lebensmitteln usw. liegt in der Weigerung unserer Feinde, uns auf Kredit zu liefern. Die Beschaffung der genannten Mengen erfordert 5 Milliarden Mark, die Deutschland bei weitem nicht aufzutreiben kann. Die Veräußerung aller Vorräte und etwaiger Fabrikobjekte führt außerdem dazu, daß uns später die Mittel zum Bezuge der notwendigen Rohstoffe fehlen. Unsere Notlage ist also in jeder Beziehung furchtbar, wenn nicht beseitigt. Alles erscheint hoffnungslos.

Reider sind sich die meisten Volksgenossen unserer furchtbaren, wenn nicht verzweifelten Notlage noch gar nicht bewußt. Eine förmliche Mahnwache schlägt über uns dahin. Anarchie und Hunger machen jede Ueberlegung unmöglich. Zusammenstehen wir vor dem entsetzlichen Abgrund. Wenn es nicht gelingt, den Hunger und damit die Anarchie zu überwinden, dann sind wir verloren. Unseren Feinden bleibt dann der Ruhm, ein 70-Millionen-Volk nicht nur durch Hunger bezwingen, sondern völlig vernichtet zu haben.

Borgänge im Halleschen Bezirk.

Schon seit einigen Wochen haben Spartakisten und Minderheitssozialisten auch im Halleschen Bezirk, im Kali- und Braunkohlbergbau, mit ihrer Forderung gegen die Gewerkschaften und für das Rätestystem im Bergbau — Sozialisierung nennen sie es — begonnen. Bereits am 20. Januar beschloß eine ihrer Konferenzen, daß die Sozialisierung grundsätzlich unter Aufsicht der Gewerkschaften gemacht werden soll.

Die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft in der Kaliindustrie hatte am 30. Januar und 5. Februar in Berlin lange Verhandlungen. Das Resultat derselben war, daß zu dem am 27. November für die unterirdische Belegschaft ab 1. Februar bewilligten Lohnerhöhung noch für alle über 17 Jahre alten männlichen Arbeiter unter und über Tage, also auch für Sandwerker usw., eine weitere Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht bewilligt wurde. Gleichzeitig wurde für die unterirdische Belegschaft freies Geleuchte (Lieferung des Karbids in Höhe des Durchschnittsverbrauchs) bewilligt. Ferner wurde beschlossen, daß Mitte Februar in vier großen Delegiertenversammlungen, nämlich in Erfurt, Naumburg, Magdeburg und Hannover den Arbeiterdelegierten die Lage des Kalibergbaus von beiden Seiten, den Kaliinteressenten und den Vertretern der in Frage kommenden Gewerkschaften klargelegt werden sollte. Das sollte geschehen, um die Arbeiter zu überzeugen, daß weitere Lohnerhöhungen zurzeit nicht angängig seien und die Produktion von Kalisalzen ebenso nötig sei, wie die Produktion der Kohlen, und daher durch Streiks nicht gestört werden dürfen. Denn gerade mit Kali und Kohlen könnten wir baldigst Lebensmittel vom Ausland kaufen und das deutsche Volk vor Hunger und noch größerem Elend bewahren. Die vier Konferenzen fanden statt und nahmen einen ganz günstigen Verlauf. Die Lohnerhöhungen befriedigten zwar nicht recht, aber man gab sich doch schließlich damit zufrieden, als wünschgemäß zugesichert wurde, daß im Juni eine Nachprüfung der Löhne erfolgen solle. Auch gegen die sofortigen Sozialisierungspläne wurde Stellung genommen. In der Naumburger Versammlung trat am 14. Februar der bekannte Sozialisierungsstreiter, Steiger Peters, scharf gegen die vorgedachte Entschließung auf. Er räumte aber, als ihm einige Male recht drastisch seine Unerfahrenheit und schwache Darstellung der Sachlage nachgewiesen wurde, das Feld. Die Entschließung, die in Erfurt, am Tage vorher, einstimmig angenommen worden war, wurde auch in Naumburg mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Diese lautet:

„Die am 14. Februar 1919 in Naumburg tagende Delegierten-Versammlung der Kaliwerker des Bezirks Halle erklärt sich bis auf weiteres mit den Lohnabmachungen einverstanden, die am 5. Febr. zwischen dem Verein der Kaliinteressenten und den in Frage kommenden Gewerkschaften vereinbart worden sind. Dagegen gehen wir hin, daß zu dem am 27. November 1918 festgesetzten Lohnsteigerung

von 1 Mark pro Schicht für die unterirdische Belegschaft ab 1. Febr. 1919 für dieselbe Belegschaft noch 1 Mk. hinzukommt. Ebenso erhalten die über 17 Jahre alten männlichen Mitglieder der Belegschaft über Tage ab 1. Febr. 1 Mk. Zulage pro Schicht. Der Mindestlohn für Bedingearbeiter erhöht sich entsprechend. Für die unterirdische Belegschaft wird ab 1. Februar 1919 freies Geleuchte (Karbide) in Höhe des Durchschnittsverbrauchs (bei voller Beschäftigung) der letzten drei Monate geliefert.“

Die Konferenz spricht sich weiter dafür aus, daß eine tunlichst baldige Vergesellschaftung des Kalibergbaus erreicht werden muß. Der Sozialisierungsplan muß natürlich die Demokratisierung der Betriebe voraussetzen. Eine überstürzte Sozialisierung wird angesichts der durch den Krieg geschaffenen unheimlichen Lage, namentlich in Bezug auf den Auslandsabzug, ein Experiment sein, das die größten Schäden für die Arbeiterklasse mit sich bringt.

Der Delegiertenrat erkennt an, daß gerade durch die Gewerkschaftsarbeit die Demokratisierung der Betriebe seit Jahrzehnten erreicht wurde und auch allein durch sie erreicht werden kann. Ist dies geschehen, wozu die bevorstehenden Wahlen (Rätewahlen) einen weiteren Schritt bedeuten, ist das Rätestatut in Deutschland in ruhiger Bahnen geteilt, dann ist der Weg frei zur Vergesellschaftung der Gruben. Die Streikzeitnehmer haben auf das entscheidende in der letzten Zeit von gewählten und verantwortlichen Personen gegen die Gewerkschaften und ihre Führer entsagte Hege und geloben, auch weiterhin für die Stärkung ihrer Organisationen einzutreten, weil sie wissen, daß die Streikzeit nur der Reaktion nützt und die für die Arbeiter so höchst wichtiger Organisationen schädigen. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und der Herbeiführung von Lebensmitteln richten die Arbeiter an alle Bergarbeiter die dringende Aufforderung, jetzt von Arbeitsbedingungen abzugeben. Alle Differenzen sind zunächst durch die Arbeitsgemeinschaft (Kali), dann durch die geschaffene Arbeitsgemeinschaft mit den Verbänden und den Unternehmern zu schlichten.“

Die Annahme dieser Entschließung leitete die Spartakisten stark veranlaßt zu haben. Erst am 22. Februar brachten sie im „Haller Volksblatt“ einen kurzen Bericht über die Konferenz in Naumburg, welcher von Verdrehungen und Unwahrheiten durchsetzt war. Zunächst wurden die in Naumburg mit anwesenden Gewerkschaftsvertreter, deren Zahl in doppelter Höhe angegeben war, stark herabgesetzt und verächtelt. „In ganz gemeiner Weise wurden die Bergarbeiter beleidigt, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Sachse, bezeichnete sogar die Bergarbeiter, welche die Betriebsräte verlangen, als große Verbrecher (H.). Gewerkschaftsbeamte und Kapitalisten gogen an einem Strang.“

„Die Bergarbeiter protestierten ganz energisch gegen das Verhalten „Ihrer“ Gewerkschaftsvertreter, und schrien die von Sachse und Konforten vorgelegte Resolution, die ein Loblied auf die Tüchtigkeit der Gewerkschaftsbeamten darstellte, ab.“ So der Bericht.

Es muß um die Sache der Spartakisten, Steiger Peters und Genossen, schlecht bestellt sein, wenn sie zu solchen unwarren Darstellungen und offensibaren Lügen greifen müssen, um ihre verfehlte Sache zu vertreten. Denn kein Wort davon ist wahr, daß die Bergarbeiter beleidigt wurden und Sachse sie „große Verbrecher“ genannt habe, sondern es ist vorgetragen worden, wie schwierig die Lage der Kaliindustrie infolge der schärfsten Konkurrenz sich nun gestaltet. Ferner wurde aufmerksam gemacht, wie wichtig die beiden Bergprodukte, die Kohle und das Kali, sei, daß wir damit allein unsere Einfuhr und Baluta heben, Lebensmittel damit vom Ausland eintauschen und die für das deutsche Volk so stark drohende Hungersnot fernhalten könnten. Angesichts dieser Tatsachen wies Sachse darauf hin, daß jetzt gerade möglichst viel Kohle und Kali gefördert werden müsse und wer die Hungersnot vergrößere, indem er den Bergleuten den Generalstreik empfehle, der begehe ein Verbrechen am Volke.

Also nicht die Bergarbeiter, sondern die Spartakistenführer, die zum Streik angesichts dieser großen Not schürten, trotzdem dadurch auch die sofortige Sozialisierung nicht ermöglicht werde, diese Leute allein nannte er Verbrecher. Trotz der Bitten von Eisner, Rautsky, Bernstein, Dillenburg usw., die alle vor übereilter Sozialisierung warnen, ja sie zurzeit für nicht möglich halten, blieb der „Kluger“ Peters bei seiner verbrecherischen Ansicht. Daß die Entschließung nicht abgelehnt, sondern mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde, ist eben schon erwähnt. Die Delegierten lehnten also mit uns eine übereilte Sozialisierung ab. Peters, der erst Minderheitssozialist, dann Mehrheitssozialist und dann wieder Minderheitssozialist wurde und den vor dem November überhaupt niemand als Sozialisten kannte, sprachte auch in Naumburg, die Eisner-Kommission sei in Weimar anerkannt worden. In der Halleschen allgemeinen Konferenz, die am 23. Februar den Generalstreik beschloß, machte man die Kommission herunter, sie wüßte nicht, was sie wollte und sei von der Regierung nicht anerkannt, sondern hineingeklopft worden. Peters und der Medaileur Könen vom „Haller Volksblatt“ machten schon stark Stimmung für den Generalstreik. Abrecht, der Führer der Minderheitssozialisten, forderte direkt zum sofortigen Generalstreik auf, die Verräterregierung in Weimar müsse gestürzt werden. Es sei alles vorbereitet, sagte Peters. Braunschweig habe seine Mitwirkung zugesagt, auch die Eisenbahn würden bestimmt mit und mit wahren Worten forderte er zum sofortigen Generalstreik auf. „In einigen Tagen haben wir erreicht, was wir fordern!“, so rief Peters laut in den Saal. In Weimar aber streitet der Minderheitssozialist Prach in der Nationalversammlung am 27. Febr. ab, daß sie für Putz und Streiks wirkten. Geht es mit dem Haller Generalstreik, den die Minderheitssozialisten also proklamiert haben, ebenso leicht, so werden sie auch wieder die Stirn haben, um zu behaupten, daß sie Gegner der Streiks und Putzes seien. Leider stehen sich die Delegierten der Arbeiter in der Konferenz in Halle am 23. Febr., die nur von den Minderheitssozialisten und Spartakisten eibernien war, so auf. Die Delegierten der Braunkohlgruben zu dem antretenden Kameraden U. und fragten: „Was sollen wir nun machen? Wir konnten doch nicht dagegen stimmen.“ Sie hatten also schon in der Konferenz Furcht vor dem Terrorismus der Streikführer. Sätten die Arbeiter genügenden Schutz, wären sie auch so gut bewaffnet wie die Spartakisten und Unabhängigen, so würde sich das selbe Bild zeigen wie im Ruhrrevier, die meisten würden den Streik nicht mitmachen, weil sie Gewissen genug haben und die Not des Volkes nicht durch solche jetzt so äußerst gefährlichen Bergarbeiterstreiks vermehren wollen.

Für die baldigste Sozialisierung sind auch wir. Ueberzeugung schadet aber den Arbeitern am meisten. Es wird kräftig

an der Sozialisierung weitergearbeitet und tunlichst bald auch mit unserer Hilfe durchgeführt. Gut Ding will Weile haben, das gilt bei dieser Frage erst recht. Hoffentlich sehen das alle Arbeiter nun endlich ein und lassen sich von den radikalen „Alles-oder-Nichts-Politikern“ nicht länger am Gängelband und ins Elend führen.

Die sofortige Entferrnung der Bezirksleiter unseres Verbandes wurde in Halle vom Hauptvorstand verlangt bzw. beschlossen. Weil sie in das Rätegeheim nicht einstimmen, nicht das einzige Heil der Menschheit in den russischen Räten sehen, die auch nicht zaubern und aus der schweren Grubenarbeit ein Paradies machen können; weil die Bezirksleiter nicht in das überradikale Heilgeheim mit einstimmen, weil sie noch dazu zu der von einer übergroßen Volksmacht gewählten Regierung halten, deshalb sollen die Bezirksleiter beiseite und wie Verbrecher zum Teufel gejagt werden. Aus demselben Bezirk kamen vor wenigen Wochen noch Anträge auf Anstellung von mehr Bezirksleitern. Der Kampf richtet sich weniger gegen das Kapital als gegen die jetzige Regierung. So sagt Peters offenerherzig in Halle und darin sind ihnen die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann, Noske usw. am meisten im Wege. In Gumborn sagte S e i l i n g : „Unser Kampf richtet sich nicht gegen das Kapital, sondern gegen den Verband.“ Darauf geht es hinaus. Keine Organisation, keine Regierung, die Minderern und Terroristen mit Gewalt entgegentritt, sondern Anarchie, das ist ihr Ziel. Am Trüben fischen wollen sie, und weil sie das jetzt nicht können, muß jede Regierung und Organisation, die ihnen im Wege steht, vernichtet werden. Sollten die meisten das erst einsehen, wenn es zu spät ist?

Sozialisierungs- und Kohlengesetz.

Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatesanuschuß folgen und zu einem Sozialisierungs- und Kohlengesetz und zu einem Gesetz über die Kohlenwirtschaft zwecks Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich hat die Reichsregierung beschlossen, ungeachtet den Entwurf eines Gesetzes über die Kaliwirtschaft auszuarbeiten. Der Entwurf eines Sozialisierungs- und Kohlengesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutze des Reiches. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der nothwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Wohnstätte und Naturkräfte in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeglieder zu regeln, ist Sache des Reiches.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird bei wirtschaftlichen Selbstverwaltungsformen geteilt. Die Selbstverwaltungsformen werden vom Reich beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4. In Ausführung der in § 2 vorgesehenen Befugnisse wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung in Braunkohlen, Braunkohlen und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energieerzeugung) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Reichgebiet der Nationalrecht ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind: Steinkohlen, Braunkohlen, Torf und Holz.

§ 2. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schlägt die Kohlenzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Dem Verband liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Abzug unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrates ob. Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise.

§ 3. Vor der in § 2 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 15 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen und den Arbeitnehmergruppen der Arbeitskammern zu wählen. Von diesen entfallen auf den Ruhrbezirk einschließlich benachbarter Steinkohlenbezirke je fünf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den Saarbezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den niederschlesischen Bezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den hessischen Stein- und Braunkohlenbezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den braunholsteinischen Bezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf den rheinischen Braunkohlenbezirk je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Werden in den einzelnen Bezirken Arbeitskammern nicht bis zum 15. März 1919 errichtet, so hat die Reichsregierung bis zur Verbeihung ihrer Wahl, die auf solche Bezirke entfallenden Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft zu ernennen. Von ihnen sollen drei aus den Kreisen der kaufmännischen Angestellten, sowie sechs aus den Kreisen der Kohlenverbraucher, sowie je einer aus den Kreisen der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenförderung und des Verkehrsrechts ernannt werden.

§ 4. Die Reichsregierung erläßt die weiteren Verfügungen zur Durchführung des Gesetzes. Sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zu 100.000 Mark, im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungs- und Kohlengesetz in Kraft.

Das Reichsministerium erläßt folgende Erklärung: Die Sozialisierung ist da. Das Kohlenminibist wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h. das ganze Volk, noch vor der Sozialisierung selbst maßgebenden Einfluss auf die gesamte Kohlen- und Stahlindustrrie. Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schleunigster Vorbereitung. Das allgemeine Sozialisierungs- und Kohlengesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt worden ist, begründet an Stelle der früheren schmerzhaften Privatwirtschaft die deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich hat sich für alle, regelt diese deutsche Gemeinwirtschaft. Das Reich wird baldigst, daß überall nach den Anforderungen des Gemeininteresses, namentlich in kapitalistischen oder in Privatinteressen gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus.

Regierungsabsichten zur Gesetzgebung.

Aus den Verhandlungen zwischen Vertretern der Berliner Arbeiterkammer und der Regierung ergab sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberische Absichten der Regierung:

1. Arbeiterrechte.

a) Arbeiterrechte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu verabschiedendes Gesetz geregelt; b) für die einzelnen Betriebe sind Betriebsräte und Angelegenheiten zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben; c) zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbebetriebe Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellte, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen mitzuwirken haben; d) für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeitsräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentral-Arbeitsrat gebildet. In den Bezirken und Zentralarbeitsräten sollen alle selbst Arbeit Leistenden, auch Arbeitgeber, im freien Versuch usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei den Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialistischer Betriebs- und Gewerbebetriebe heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.

Ein Gesetz über ein einheitliches und demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziel einer Schaffung demokratisch-konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung.

a) Bericht und Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht. b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung wurden von der Reichsregierung und dem Staatenausschuss bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterrechte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches.

Alle nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch strafbaren Handlungen werden, auch bei den Militärpersonen, dem bürgerlichen Gericht zugewiesen. Ein dementsprechender Gesetzentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt.

5. Lebensmittelversorgung.

Die Regierung hat bereits angeordnet, daß Lebensmittel unter Ausschaltung jeden unnötigen Zwischenhandels durch Vermittlung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird dauernd gearbeitet.

An das deutsche Volk!

Das deutsche Reichsministerium hat angesichts der gegenwärtigen Lage in seiner Sitzung vom 1. März in Weimar beschlossen, folgenden Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen:

Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihnen vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgabe am demokratischen Fundament der Republik arbeiten, droht wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerstören. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie streben danach, Weimar vom übrigen Deutschland abzuprennen und dadurch Reichsregierung und Nationalversammlung gleichermaßen rechtlos zu machen.

Demgegenüber erklären wir: Nichts da! den Abschluß der Verfassung ausfallen. Die Arbeit der Nationalversammlung an der Überwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte darf nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen! Diese Lebensnotwendigkeiten werden wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen. Verleumdung gefährlicher Art ist es, wenn die gewalttätigen Schürer des Aufruhrs behaupten, Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen. Wir stehen und fallen mit den Grundgesetzen der Demokratie. Hier gibt es für und kein Partieren. Die politische Macht gebührt allein der freigestellten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen gestützten Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes noch innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden.

Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes. Die Kohlenförderung stockt in erschreckendem Maße. Zahllose Fabriktetriebe stehen still, eine ungeheure Armut von Arbeitelosen ist angewachsen. Täglich werden neue Bahnlücken stillgelegt. Der späteste Rest brauchbarer Lokomotiven bedient auch nicht mehr den notwendigen Teil an Verkehr und Transport.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur die kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrund. Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute: Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie. Nur sie kann alle Kräfte wachen und am Werke halten, die unseren billigen Untergang abwenden vermögen. Wir sind dabei, das Gesetz über den wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: das einheitliche soziale Arbeitsrecht auf freier Grundgrundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie aufbauen, die Betriebsräte, wie wir sie schon in der Verhandlung mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle Arbeit auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergbau und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemeinschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeit soziale Macht sein, Würdigung und gerechtes Lohn, die Produktion mit allen Mitteln unterbrochen und ausgemergelt werden. Vorwärts! Darum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit!

Wäre Sozialisierungswirtschaft aber, terroristischer Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneter Aufstand, Zerschlagung des Reichs werden wir nicht zulassen. Und ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Preis für das Leben des Volkes. Wer sich an ihn vergibt, ist unser Feind! Die Sache des Gesetzes wird ihn treffen! Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit ungeheuren Verwüstungen an Kulturwerten und einem Meer von Toten wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges mit seinen mörderischen Brüderkämpfen, mit all seinem Haß und seiner Zerstörung unser Vaterland zerstören. Friede nach innen und außen, Wiederaufbau und Wiederherstellung, das ist die Sehnsucht unseres leidenden Volkes. Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließt sich uns an gegen Verwilderung, Zerschlagung, Zusammenbruch. Wenn wir nicht tun, ist uns die Zukunft feind!

Das Reichsministerium:

Scheidemann, Schiffer, Bauer, Adl., Graf v. Helldorf-Rankau, Debit, Epberger, Giesberts, Gohse, Kühn, Landsberg, Noke, Preuß, Robert Schmidt, Wipfel.

Gegen die Tyrannei!

Schwärmer und Tyrannen jagen durch die deutschen Lande. Wird ihnen nicht bald ein Einhalt getan, gräßt sich die deutsche Arbeiterschaft über eigenes Schicksal.

Der politische Massenstreik war als Kampfmittel der Entschlossenheit angebracht, solange die Arbeiter unter dem politischen Joch der Tyrannei und Kapitalisten hinhangelten. Seit dem entscheidenden Novembertag hat er jeden Sinn verloren. Seitdem herrscht politische Tyrannei und Demokratie. Seitdem behält die Arbeiterklasse an dere

Mittel, um ihren Willen in der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Seitdem schmiedet jeder politische Massenstreik ins eigene Fleisch der Arbeiter.

Was als Ziel der wilden ziellosen Bewegungen hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zukunft gesetzlich festgelegt werden. Die Soldatenräte verschwinden nicht!

Sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben. Es gibt deshalb heute und wird in aller Zukunft keine Revolution im Waffenkampf mehr geben. Der Soldat ist und bleibt der gleichberechtigte Bürger im demokratischen Volkstaat.

Die Arbeiterrechte verschwinden ebenso wenig! Sie müssen in Betriebsräte umgewandelt werden und ihre wichtigste Funktion, kontrollierend und mitbestimmend im Wirtschaftsprozess, entfalten. So wenig dies politisch möglich, so wenig werden die Arbeiter wirtschaftlich in die alte Diktatur zurückfallen. Neben der politischen ist auch die wirtschaftliche Demokratie der Arbeiter gesichert, vorausgesetzt, daß sie einig und geschlossen auf den Wegen der Demokratie wandeln und jede Tyrannei ziellos Elemente von sich abschütteln.

Die Sozialisierung wird ebenso sicher kommen, in dem Maße und in der Eile, die volkswirtschaftlich nur irgendetwas möglich ist. Die sozialdemokratische Fraktion bereitet schon einen Initiativantrag vor, der die Ausschaltung der feudalen Bergere und die Sozialisierung der Bergwerke vorschlägt. Andere Sozialisierungsmaßnahmen sind in intensiver Vorbereitung, aber, Genossen, dieses gewaltige Gesetzgebungswerk will seine Zeit haben. Wir können nicht in vier Wochen Hauptregeln, was vier Jahrhunderte feudaler Wirtschaft und vier lange Jahre des einschlägigen Krieges und an Schmutz und Trümmern hinterlassen haben.

Um die demokratischen und sozialistischen Ziele der deutschen Arbeiterklasse durchzuführen, braucht wirklich kein einziger Arbeiter in den Streik zu treten. Dafür bürgt die Fraktion, die von den sozialdemokratischen Wählern und Wählerinnen in der Nationalversammlung entsandt worden ist. Sie ist fähig, dem Feind der deutschen Arbeiter und kennt keine andere Aufgabe, als den Willen der Genossen und Genossinnen in die politische und gesetzgeberische Tat umzusetzen.

Jeder politische Massenstreik nützt daher heute nicht mehr den deutschen Arbeitern, nein, er nützt nur den deutschen Kapitalisten. Die Unternehmer reißten sich die Hände vor Freude über jeden Streiktag, den sie nicht zu bezahlen brauchen. In dieser Zeit der Wirtschaftsklumpen und des Rohstoffmangels kann ihnen nichts willkommener sein, als daß die Arbeiter geschlossen die Betriebe verlassen. Jeder Massenstreik nützt heute die Kapitalisten und schadet die Arbeiter.

Er stärkt außerdem die ausländischen Imperialisten und Unionisten, die danach trachten, die deutsche Wirtschaft zu erdroffeln, die deutschen Arbeiter zur Auswanderung zu zwingen und dadurch in ihre Sklaven zu verwandeln. Jeder politische Massenstreik verhärtet die feindliche Medade, verhärtet unseren Hunger, vermehrt unsere Entbehrungen und säubert Tausende von Deutschen ins Elend.

Den Städten mangelt durch die völlige Unterbrechung des Verkehrs die Milch, fehlen die Lebensmittel, fehlt die Beleuchtung, fehlt die Wärme, fehlt sogar das Wasser. Außer Frauen und Kindern sinken Männer und Greise kraftlos nieder. Es sind nur Männer und Greise, eure Frauen und Kinder, die auf diese Weise gemordet werden! Wollt ihr das?

Nein, und tausendmal nein! Ihr erkennt das Selbstmörderische der planlosen wilden Bewegung. So legt euch endlich zur Wehr! Laßt euch nicht von wenig bewaffneten Kanakern aus den Betrieben mit Gewalt oder durch heuchlerische Versprechungen herauslocken! Steht ihrem schändlichen Regimente planvoll und energiegelassen Widerstand entgegen, erntet ihr nicht zu spät die Früchte dieser Vorkämpfer des alten Epikoms!

Wir haben in den Novembertagen nicht die alten Tyrannen verjagt, um uns in den Märztagen neue Tyrannen gesellen zu lassen. Gegen die Tyrannei! Auch die Demokratie! Sow der Sozialismus! Weimar, den 1. März 1919.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Anweisungen für Arbeiterräte.

Die Aufgaben der Arbeiterräte in den Betrieben wurden festgelegt. Zu diesem Zweck fand am 12. März eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der großen Kohlenbetriebe in Weimar statt. Regierung, Arbeiter- und Unternehmervertreter haben dort gemeinsame Anweisungen für die Arbeiterräte in den Betrieben vereinbart, die bis zur gesetzlichen Regelung in Kraft bleiben sollen.

Wer dient neuer Knechtschaft?

Neuer Knechtschaft dient jeder, der sich den bolschewistisch-spartakistischen Bestrebungen dienbar macht, die nur darauf hinauslaufen, unsere junge Freiheit zu zertrümmern und anstelle der alten eine neue Klassenherrschaft aufzurichten. Diese bolschewistisch-spartakistischen Bestrebungen stehen unter der Leitung der russischen Regierungsvertreter Sobel'sohn alias Kadel und Dr. Marchewski alias Karsti. Kadel ist in Berlin schon vor einiger Zeit verhaftet worden, Karsti kann sein Untertan von Essen aus weiter treiben.

Nachdem die drei Reichssozialisten aus der Volkswirtschaftszentrale, genannt Neunerkommission, ausgetreten sind, setzte diese sich nur noch aus drei Arbeitersozialisten und drei Spartakisten zusammen. Der Arbeitersozialist Müller ist zur Wehrheitspartei übergetreten und scheidet damit selbstverständlich aus der Volkswirtschaftszentrale aus. Der Arbeitersozialist Göttemann trug sich mit „Küdnitzgedanken“ und wird wohl inwieweit ebenfalls aus der Volkswirtschaftszentrale ausgeschlossen sein. Der Spartakist Helling hat, als die Regierungstruppen in Damborn besiegten, den besten Teil der Zapfenzeit erwarbt und ist damit ebenfalls aus der Volkswirtschaftszentrale ausgeschlossen. Diese besteht jetzt nur noch aus dem Arbeitersozialisten Wagner und den Spartakisten Grau und Kvering. Wagner ist Reisender, Grau Handlungsgehilfe, Kvering Sattler. Dazu kommt dann noch der russische Regierungsvertreter Karsti als Journalistischer und volkswirtschaftlicher und der Landwirt Dr. Ernst Kuben als juristischer Beirat, die beide keinen Abhang von einem Aufbau unterscheiden können. Ein Reisender, ein Handlungshilfe und ein Sattler fassen sich in Gemeinschaft mit diesen Beiräten berufen, den Bergbau zu demokratisieren und zu sozialisieren.

In Einbildung und Annäherung steht es dieser Volkswirtschaftsgemeinschaft also nicht. Nur damit läßt sich auch die Einberufung einer Bergarbeiter-Delegiertenkonferenz erklären, die ohne Einverständnis mit den Bergarbeiterverbänden am 5. März in Essen stattgefunden hat und angeblich von 65 Schachtanlagen besetzt war. Nur ein geringer Teil der Delegierten waren aus vertreten und selbst hier ist die Wahl der Delegierten nicht ordnungsmäßig erfolgt. So wird uns z. B. von Breuigen II mitgeteilt, daß dort nur zwei Delegiertenmitglieder für die Besichtigung gekümmert haben, trotzdem spielte sich ein Spartakist als Delegierter dieser Delegierten auf Essen auf. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf den meisten anderen Schachtanlagen. Jedenfalls kann die so zustande gekommene Konferenz nicht als Vertretung der Bergarbeiter gelten. Die erdrückende Mehrheit der Bergarbeiter und ihre Organisationen können es ab, sich auf diese Weise dem Bolschewismus dienbar machen zu lassen.

Wir haben von Karsti inspirierten Vorschlägen hat die Eiserne Konferenz übrigens nur offene Türen eingebracht. Der Demokratisierung der Betriebe haben die Bergarbeiterverbände schon bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und der Reichsregierung durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 die Wege gebahnt. Die Verordnung über die Arbeitskammern vom 8. Februar 1919 dient der Demokratisierung ebenso wie der Sozialisierung. Das Sozialisierungsgesetz der Reichsregierung bringt die Arbeitspflicht für alle und bündelt das Recht auf Arbeit für alle. Das Kohlensteuergesetz regelt die gemeinschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft im Sinne der Sozialisierung. Die Sozialisierung des Stahlbergbaus ist in Angriff genommen. Die Arbeitskraft, der Kohlen- und Stahlbergbau, sowie alle Kraftquellen werden so schnell wie möglich sozialisiert. Die Demokratisierung ist durch Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Betriebsräte, Arbeitskammern sowie die entsprechende Ausgestaltung des Arbeitsrechts gewährleistet.

Die von Karsti inspirierten Eiserne Vorschläge fordern ferner die einschlägigste Entzweiung. Auch damit werden offene Türen eingebracht. Das haben wir schon gefordert, als die meisten bolschewistisch-spartakistischen Kuertrier nach in Mauthausen hermenten, da so wenig es gerecht und möglich ist. Aber Karsti soll uns einmal erzählen, wie er das im deutschen Bergbau indizierte ausländische Kapital sowie

das in Industralien angelegte Geld der Gemeinden, Spartakisten und kleinen Später entschuldigungslos enteignen will und wie es zu verhindern ist, daß deutsche gegen ausländische Industriebetriebe ausgetauscht werden. Wir wissen, daß der russische Regierungsvorteiler hierzu Anstrengungen wird, weil sein Ziel zunächst der Bolschewismus und nicht der Sozialismus ist. Wir lehnen den Bolschewismus ab, weil wir frei bleiben und nicht neuer Knechtschaft dienen wollen.

Gegen den Spartakusterror.

In Mühlheim-Dümpfen tagte am 22. Februar eine Zahlstellersversammlung unseres Verbandes, in welcher nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige Lage und das Treiben der Spartakisten folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden:

Die im Lokale des Herrn Georgi in Mühlheim-Dümpfen tagende Zahlstellersversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt sich in jeder Beziehung auf den Boden der vom Volke gewählten Nationalversammlung und der von dieser gebilligten Reichsregierung und protestiert entschieden dagegen, daß die Verbandsmitglieder von einer Keinen bewaffneten spartakistischen Minderheit zwangsweise von der Arbeit ferngehalten werden.

Am 24. Februar fanden auf der Schachtanlage Scholven zwei Delegiertenversammlungen der Morgen- und Mittagschicht statt. In beiden Versammlungen wurden die Vorgänge der letzten Zeit besprochen und eine Entschlüsse angenommen, welche besagt:

1. Die Belegschaft der Scholvenschächte (Vier) lehnt die Neunerkommission ab und verlangt, daß dieselbe aus Essen entfernt und unschädlich gemacht wird.

2. Die Belegschaft fordert, daß sich aus den anerkannten Gewerkschaften (Verbänden) eine Sozialisierungskommission zusammensetzt.

3. Für den von den Spartakisten veranlaßten Lohnausfall wird die Stadt Uer und das Reich verantwortlich gemacht. Erstere, weil dieselbe unter welcher Flagge als neutral geteilt und doch gebildet hat, daß Leute der Stadt Uer die Grube stillgelegt haben. Der Reichsregierung waren diese Verhältnisse bekannt und friedliche Bürger wurden vor diesem Vorwurfe nicht befreit.

4. Die Belegschaft fordert sofortige Entlassung der an der Stilllegung beteiligten Spartakisten.

5. Entlassung des Lohnes derselben, um auch diese für den entstandenen Lohnausfall mit verantwortlich zu machen.

Zum 1. und 2. wurde einstimmig Punkt 5 mit allen gegen 9 Stimmen angenommen. Die Belegschaft von Engelsburg und Schiller-Neuad haben sich um Schutz gegen den Spartakusterror telegraphisch an die Reichsregierung gewandt.

Spartakistische Schreckensherrschaft.

Die geliebten Führer der Spartakisten sind meistens Idealisten, die das Volk nicht für reich halten zur Selbstbestimmung. Sie wollen darum den Volkswillen ausschalten und nicht durch Demokratie, sondern durch Autokratie zum Sozialismus und darüber schließlich zum Kommunismus kommen. Die Autokratie, die dem Volke zum Unheil geworden ist, soll nun auch zum Heile werden. Sie wollen also gewissermaßen den Jockel durch Weisheit austreiben.

Selbstverständlich ist die Zahl der Spartakisten, die sich darüber klar sind, sehr klein. Die meisten, die sich Spartakisten nennen, sind aus der Trägheit ihres Geistes nicht befreit. Sie wollen eine Rolle spielen und weil dazu ihre Beschäftigung und ihre Verdienste nicht ausreichen, werden sie Spartakisten. Unter diesem Titel glauben sie sich zur Geltung bringen und austoben zu können. Jede Achtung vor der Persönlichkeit und Ueberzeugung hört hier naturgemäß auf. Daraus resultiert es sich auch, daß alle verdienstlichen Mitglieder, die unter den spartakistischen Verhältnissen ihre Ueberzeugung hochhalten und dafür gekämpft und gelitten haben, in der gemeinsamen und höchsten Weise beschimpft und sogar tödlich mißhandelt werden. Gemeinhin ist bei dieser Sorte Spartakisten eben Trumpf und da sind solche Entscheidungen selbstverständlich.

Wie jede Achtung vor der Persönlichkeit und Ueberzeugung aufgehört, wo der Spartakismus dieser Spartakisten beginnt, zeigt folgendes Schreiben eines unserer ältesten und verdienstlichen Mitkämpfer:

Oberhausen, 20. Februar 1919.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

W. K. Tag auch über die Sache Oberhausen I, II, III von den Spartakisten der Streit verhängt wurde, dürfte Euch bekannt sein. Aus diesem Anlaß fand am 18. d. M. eine Belegschaftsversammlung statt. Es erschienen auch zwei Spartakisten und auf Veranlassung der Belegschaft mußte ihnen das Wort erteilt werden. Hierbei wurde eine sehr schäbige Darstellung unserer politischen Verhältnisse gegeben. Die 17 000 Angehörigen in Partei und Gewerkschaft mußten herhalten und unsere Söhne in fremder Erde wurden unschuldig beschimpft usw.

Als ich darauf das Wort erhielt, trat ein Umstürzung in der Stimmung ein. Als ich nachsah, wer sich von Arbeitergroßen mästel und wenn die Leiden unseres Volkes gleichgültig sind, wollte man die Spartakisten totschlagen. Ich habe dann noch um Schutz für sie gebeten. Als ich nach Hause kam, wurde ich sofort verhaftet und inhaftiert. Der sogenannte Plakommandant Doppelte empfahl bringend, ein Exemplar zu kassieren und mich an die Wand zu stellen. Hiergegen wandte ich ein anderer und empfahl, mich dem Soldatenrat vorzugeben. Des Nachts wurde mir noch einmal in etwa zwei Stunden das Verhörprotokoll meines Tuns vorgelesen und morgens wurde ich vor den „hohen Rat“ gestellt. Hier kam es wieder zu langen Auswärtensprüfungen, worauf ich entlassen wurde. Mittags 1 Uhr war ich wieder bei meiner trankenen Frau, zerfälligen an Körper und Geist, nachdem ich 24 Stunden nichts zu essen gehabt hatte.

60 Jahre lang hat der alte Volksgenosse mich meiner Freiheit nicht geraubt, obwohl ich mich stets im Sinne der Arbeiterbewegung betätigt habe. Aber der Spartakisten „Freiheit“ fiel ich sofort zum Opfer. Daß ich nicht fesselt oder mißhandelt wurde, habe ich meinem Alter zu verdanken. Aber ich bin hier, für mein Volk mich nützlich gemacht zu haben. Wenn einmal Bergarbeitergeschichte geschrieben wird, ist es möglich, daß Euch diese Handlung interessiert. Die mich an die Wand stellen wollten, sind längst mit einem Luigsauto und 87 000 Mark unter Zurücklassung einer Menge unbezahlter Rechnungen verduftet.

Mit Glück! Euer alter Ernst Brinke.

Ernst Brinke ist seit dem 1. Januar 1890 ununterbrochen Mitglied unseres Verbandes. Immer hat er mit im Vordertreffen der Arbeiterbewegung gestanden. Er hat schon für seine Ueberzeugung gelitten und gestritten, als die Spartakisten, die ihn jetzt in so roher Weise behandeln, noch in Klapphosen herumtollen oder gar gelbe Unterhemden tragen. Das zeigen schon ihre völlig unbekannten Namen. Mit wenigen Ausnahmen sind die Spartakisten unbekannte Elemente, die plötzlich auftauchen und auch ebenso untertauchen werden, wenn sie Unheil genug angerichtet haben. Und von diesen fragwürdigen Elementen werden alle verdienstlichen Vorkämpfer der Bergarbeiter beschimpft, heruntergeschrien und mißhandelt. Brinke ist noch glimpflich dabongekommen. In Damborn wurden z. B. unsere alten Kämpfer G. o. s. K. r. o. l. d. und andere schwer mißhandelt. In Völkroth, Braud, Karnap, Osterfeld, Osterfeld, Jörden usw. ging es vielen unserer alten Verbandskameraden nicht viel besser. Gegen die spartakistische Schreckensherrschaft müssen sich die Bergarbeiter entschlossen wehren, wie es bisher geschehen ist, wenn es nicht noch schlimmer werden soll.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 11. Woche (vom 9. bis 15. März 1919) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bezirk Bochum. Das Bezirksbureau für den Bezirk Bochum befindet sich nicht mehr Jakobstraße 10, sondern Wittenhauser Str. 33 a, 1. Etage über dem Geschäftsbüro des Konjunkturvereins „Wolfffabrik“. Alle Zuschriften, die den Bezirk betreffen bezw. den Bezirksleiter, sind nur an diese Adresse zu richten. Es wird um genaue Beachtung des Vorkommenden gebeten, damit nicht unliebsame Verzögerungen eintreten. Sprechstunden im Bezirksbureau: Mittwoch und Samstag, vormittags von 8 bis 11 und nachm. von 2 bis 5 Uhr. Die Privatwohnung des Bezirksleiters befindet sich ebenfalls nicht mehr Jakobstraße 10 und bittet Zuschriften für den Bezirk nicht mehr nach dort gerichtet werden.

Bücherrevisionen.

Boitrop II. Vom Sonntag März bis Mittwoch April. Dorthausen II. Vom 1. bis 31. März. Dortmund II. Vom 1. bis 15. März.

Knappschafftsstelle des Konjunkturbezirks Ferne.

Samstag, den 16. März, morgens 10 Uhr im Lokale Köhler (früher Bonn) in Ferne: Quartalsitzung.